



Nr. 80 | 17.12.2025

Belarus-Analysen

Beziehungen von Belarus zu Russland und Polen

■ ANALYSE

- Im Schatten des Krieges in der Ukraine: Evolution der militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus 2
Pavlo Rad (Foreign Policy Council *Ukrainian Prism*, Kyjiw)

■ ANALYSE

- Unüberwindbare Barrieren?
Die Krise zwischen Minsk und Warschau eskaliert 5
Kamil Kłysiński (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)

■ UMFRAGEN

- Einstellung von Belarus*innen zu Russland und zum Krieg gegen die Ukraine 9

■ CHRONIK

- Hinweis auf die Online-Chronik 12

ANALYSE

Im Schatten des Krieges in der Ukraine: Evolution der militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus

Pavlo Rad (Foreign Policy Council *Ukrainian Prism*, Kyjiw)

DOI: 10.31205/BA.080.01

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die Evolution der militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine und der Verstrickung von Belarus dabei. Der Beitrag konzentriert sich auf die Rolle von Minsk bei der Unterstützung Russlands und die Veränderungen, die hier erfolgten. Dabei wird die logistische, technologische und mediale Unterstützung durch Belarus herausgearbeitet. Der gegenwärtige Status quo verringert zwar die Wahrscheinlichkeit, dass Belarus sich direkt an den Kampfhandlungen beteiligt, doch bestehen für die Nachbarländer mittel- und langfristig beträchtliche Risiken.

Einführung

Die geopolitische Landschaft in Europa hat sich in den letzten Jahren gewandelt, wobei Belarus in der komplexen geopolitischen Gemengelage in den Fokus gerückt ist. Das Vorgehen des Lukaschenka-Regimes während der Proteste von 2020 und dessen Nachwirkungen haben dazu geführt, dass sich die politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen von Minsk zu seinen engsten Nachbarn zunehmend verschlechterten. Gleichzeitig nahm die Abhängigkeit des Landes von Moskau zu, insbesondere bei Sicherheitsfragen. Das hat – zusammen mit den geopolitischen Ambitionen des Kreml – zu einem beispiellosen Niedergang in den Beziehungen zu den Nachbarn von Belarus geführt – gleichzeitig ist Belarus in die russische Vollinvasion in die Ukraine verstrickt.

Nach dem Beginn der Vollinvasion wandelte sich allmählich der Charakter der russisch-belarusischen Zusammenarbeit. Anfangs spielte Belarus bei den russischen Offensivoperationen in der Nordukraine eine wichtige Rolle. Nachdem sich die russischen Truppen aus den nördlichen Gebieten der Ukraine zurückgezogen hatten, wurde Belarus zu einem wichtigen Produktionsstandort für Rüstungsgüter; darüber hinaus beteiligte sich Minsk aktiv an Russlands psychologischen und medialen Feldzügen. Diese Form der Zusammenarbeit ermöglicht Minsk beträchtliche Einnahmen durch russische Rüstungsaufträge. Gleichzeitig sichert sich Minsk dadurch den wirtschaftlichen und politischen Rückhalt Russlands, der für das Überleben des Regimes von entscheidender Bedeutung ist. Dabei bedeutet die zunehmende Abhängigkeit von Russland langfristig eine Gefahr, und zwar nicht nur für die belarusische Unabhängigkeit und Souveränität, sondern auch für die Sicherheit der Nachbarstaaten.

Belarus als Brückenkopf bei Russlands großangelegtem Angriffskrieg gegen die Ukraine

Belarusische Truppen beteiligten sich zwar nicht an den ausgedehnten Kampfhandlungen, doch leistete Luka-

schenkas Regime im ersten Jahr der Vollinvasion in die Ukraine beträchtliche Unterstützung für das russische Militär. Während des Vorrückens auf Kyjiw, als die russischen Truppen heftige Verluste verzeichneten, erlaubte Minsk, dass Russland die Infrastruktur des Landes nutzt, unter anderem Krankenhäuser, Feldlazarette und Leichenhallen, wie auch Bahnhöfe und Fliegerhorste zum Abtransport der Verwundeten und Gefallenen.

Die russischen Streitkräfte nutzten für ihre Operationen ausgiebig belarusische militärische Infrastruktur, insbesondere Flugplätze. Aus den Umgebungen von Masyr, Kalinkawitschy, Chojniki und anderen Orten wurden Raketen abgefeuert. Russische Piloten flogen von den Luftwaffenstützpunkten Lida; Baranawitschy und Matschulischtschy aus Kampfeinsätze und nutzen den belarusischen Luftraum, um von strategischen Bombern vom Typ Tu-22M3 Marschflugkörper zu starten.

Die belarusische Luftwaffe flog gemeinsam mit der russischen Luftwaffe Kontrollflüge und gaben den russischen Bombern bei deren Einsätzen über Belarus Geleitschutz. Das belarusische Militär setzte in der Nähe der Grenze zur Ukraine auch Systeme zur elektronischen Kriegsführung ein, wodurch Operationen der ukrainischen Luftwaffe beträchtlich behindert wurden, während die belarusische Luftabwehr die Flugfelder schützte, auf denen russische Flugzeuge »zu Gast« waren.

Nach Russlands Rückzug aus dem Norden der Ukraine konzentrierte sich Lukaschenkas Regierung darauf, ihren Verbündeten mit Waffen, Munition und einer Ausbildung frisch mobilisierter Truppen zu unterstützen. Darüber hinaus wurden über 200 Militärfahrzeuge – unter anderem Panzer vom Typ T-72A, Schützenpanzer vom Typ BMP-2 und *Ural*-Lastwagen – aus belarusischen Depots geholt und an Russland übergeben. Das Regime in Minsk übergab der russischen Seite zudem über 130.000 Tonnen Munition.

Sobald die meisten russischen Truppen von belarusischem Territorium abgezogen waren, gestaltete sich die indi-

rekte Verstrickung des Lukaschenka-Regimes in den Krieg weniger sichtbar. Gleichwohl stellte das Regime – gemeinsam mit Moskau – weiterhin eine potenzielle Bedrohung für den Norden der Ukraine dar, wodurch Kyjiw gezwungen war, Truppen an der Grenze zu Belarus bereitzuhalten, was deren Verlegung in wichtigere Frontabschnitte verhinderte. Um diesen Druck zu verstärken, unternahm Minsk regelmäßige Militärmanöver und psychologische Operationen, darunter gemeinsame Übungen der Luftwaffe und die Stationierung taktischer Atomwaffen.

Gemeinsame psychologische und Medienoperationen

Belarus diene Russland nicht nur als logistische Drehscheibe, sondern spielt auch bei Moskaus psychologischen und Medienoperationen eine aktive Rolle. Im Frühjahr wurde durch geleakte Unterlagen des Pentagon bekannt, dass es russische Versuche gegeben habe, bei den ukrainischen Nachrichtendiensten den Eindruck zu schaffen, es könne potenziell eine zweite Offensive aus Belarus heraus erfolgen. Diese Faktoren sollten zusammen mit Mobilisierungsübungen und regelmäßigen Stellungnahmen über Kriegsvorbereitungen einen permanenten Druck auf die ukrainische Gesellschaft sowie die militärische und politische Führung des Landes erzeugen.

Eine ähnliche Taktik wurde während der russischen Operationen im Osten der Ukraine und der russischen Region Kursk verfolgt, wobei Belarus Manöver abhielt und die Ukraine der Sabotage und der Verletzung des belarusischen Luftraums beschuldigte. So ordnete Lukaschenka beispielsweise im August 2024 an – zum zweiten Mal in jenem Jahr –, dass belarusische Truppen an der Grenze zur Ukraine werden. Als Begründung nannte er eine angebliche Verletzung des belarusischen Luftraums. Dieses Vorgehen war von dem Vorstoß ukrainischer Truppen in die russische Region Kursk hervorgerufen worden, wie auch Vorwürfen in russischen Medien, Lukaschenka habe im Juli absichtlich Truppen von der Grenze zur Ukraine abgezogen und es somit den Streitkräften der Ukraine ermöglicht, eine zweite Front zu eröffnen. Um die Kritik abzuwenden und sein Entstehen für die Bündnisverpflichtungen unter Beweis zu stellen, griff Minsk auf ein symbolisches Vorgehen zurück: Belarus entsandte rund 1.400 Soldaten an die Grenze zur Ukraine.

Darüber hinaus beteiligte sich das Lukaschenka-Regime an der nuklearen »Erpressung« der Ukraine und der Länder des Westens, die auf die Ankündigung vom März 2023 erfolgte, taktische Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Den Stellungnahmen belarusischer und russischer Offizieller zufolge sollen ballistische Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander-M und eine modifizierte Variante des Kampfflugzeugs Su-25 als Trägersysteme für die taktischen Atomwaffen dienen. Dieser Ansatz wirft allerdings einige Fragen auf. Zum einen ist die Su-25 struktu-

rell nicht dafür ausgelegt, mit Atomwaffen bestückt zu werden, vor allem, weil sie nicht Schallgeschwindigkeit erreicht. Das bedeutet, dass das Flugzeug bei der Explosion eines atomaren Sprengkopfes wohl nicht in der Lage wäre, den Bereich der Explosion rechtzeitig zu verlassen, was den Tod des Piloten bedeuten würde.

Zweitens ist unklar, warum man den Aufwand unternimmt, das Kampfflugzeug zu modifizieren, da Belarus bereits über Trägersysteme verfügt (MiG-29, Su-35 und Su-24), die keine Modifizierung erfordern und eine derartige atomare Ladung effektiver und sicherer befördern können. Diese Umstände lassen an der praktischen Bereitschaft von Belarus zweifeln, als Startplatz für Atomwaffen zu dienen. Sie deuten darauf hin, dass es bei diesem atomaren Narrativ eher um psychologische Signale als um tatsächliche militärische Fähigkeiten geht. Das Raketensystem Iskander-M hingegen stellt eher ein realistisches Trägersystem dar. Berichten zufolge hat belarusisches Personal mit Übungen mit der Rakete für den Einsatz nichtkonventioneller Waffensysteme unternommen. Es gibt allerdings keine konkreten Belege, die auch nur Trainingsstarts bestätigen würden. Ein bezeichnender Umstand war hier ein gemeinsames Manöver im Juni 2024, um nichtstrategische atomare Waffensysteme zu testen. Bei diesen Übungen führte die belarusische Seite in der Tat keinerlei Starts von Iskander-M-Raketen durch, und das belarusische Verteidigungsministerium unternahm den Versuch, externe Treibstofftanks, die an Kampfflugzeugen vom Typ Su-25 wurden, als atomare Gefechtsköpfe darzustellen.

Der gleiche Ansatz wurde auch im Fall der ballistischen Mittelstreckenrakete *Oreshnik* [dt.: »Haselstrauch«] verfolgt, an der experimentiert wird. Das Lukaschenka-Regime hat seit November 2024 aktiv das Narrativ unterstützt, dass dieses Waffensystem in Belarus stationiert sei. Die Rakete wurde zwar im Herbst 2024 bei einem Angriff auf die ukrainische Stadt Dnipro eingesetzt, doch besteht das Problem darin, dass dieses Waffensystem nie in die Serienproduktion ging und seine technischen und taktischen Fähigkeiten recht beschränkt sind. Die einzige ernste Gefahr besteht darin, dass sie mit einem Atomsprengkopf bestückt werden könnte. Das ist es, worauf sich die Regime in Moskau und Minsk in ihrem Versuch der Einschüchterung stützen.

Integration der Rüstungsindustrien

Belarus ist zwar nicht direkt an den Kampfhandlungen beteiligt, dient aber gleichwohl als industrieller Stützpunkt für die Russische Föderation. Die Verteidigungssektoren der beiden Länder sind gut integriert und voneinander abhängig. Dem *Belarusischen Staatskomitee für die Rüstungsindustrie* zufolge liefern 99 belarusische Unternehmen rund 1.880 Komponenten und Waffenelemente an 255 russische Rüstungsbetriebe. Seit 2020 ist Russlands Bedeutung bei den belarusischen Rüstungsexpor-

ten drastisch gewachsen, nämlich von einem Anteil von 26 Prozent 2019 auf einen von 60 Prozent im Jahr 2022 – nach der Unterdrückung der Proteste und der verstärkten belarusischen Abhängigkeit von Russland.

Wie zu sowjetischen Zeiten ist die belarusische Rüstungsindustrie auf die Produktion schwerer geländegängiger Militärfahrzeuge, die Reparatur und Modernisierung von Flugzeugen und gepanzerten Fahrzeugen und die Herstellung von optischen, Zielerfassungs-, Feuerleit- und radioelektronischen Systemen spezialisiert. Es besteht zwar die Fähigkeit, leichtgepanzerter Fahrzeuge wie den Spähpanzer *Kajman* und den minengeschützten gepanzerten Transporter (engl.: Mine-resistant ambush protected vehicle – MRAP) vom Typ *Defender* herzustellen, aber diese Fahrzeuge sind von den russischen Streitkräften nicht übernommen worden. Das Gleiche gilt für sowjetische Waffensysteme, die modernisiert wurden, etwa die Mehrfachraketenwerfer *Uragan-M* oder *BM-21B »BelGrad«*. Somit fungiert Minsk hauptsächlich als Subunternehmen, das eher spezialisierte Komponenten als vollständige Waffensysteme liefert.

Die belarusische Industrie spielt also eine Schlüsselrolle für die russischen Raketenwerfer und das Luftabwehrsystem. Die Startfahrzeuge für die Raketenysteme *Topol-M*, *Jars* (auch: *RS-24*), und *Iskander* wie auch die Fahrgestelle für die Raketenwerfer *Uragan-1M* und *S-400* (»Triumpf«) werden von der *Minsker Fabrik für Rad-Zugmaschinen* (MZKT) hergestellt. Das 558. *Flugzeugreparaturwerk* wartet russische Jets von den Typen *Su-25*, *Su-27*, *Su-29* und *MiG-29* sowie Hubschrauber der Typen *Mi-8* und *Mi-24*, während das Unternehmen *Minotor-serwis* russische Luftabwehrsysteme wie *Tunguska* oder *Tor* repariert. Zudem helfen belarusische Ingenieur:innen im Inland wie im Ausland, beschädigte russische Fahrzeuge zu reparieren.

Hightech-Optik- und elektronische Systeme gehören zu den wichtigsten Exporten von Belarus. Das Unternehmen *Peleng* stellt Sicht- und Zielsysteme für russische Panzer und Schützenpanzer her, unter anderem die Systeme *Sosna-U*, *Essa* und *Plissa*, während das Unternehmen *Ekran* Elektronik für russische Jets liefert und das Unternehmen *Integral* Mikrochips für Raketen produziert, auch für solche strategischer Ausrichtung. Angesichts des Fehlens einheitlicher Sanktionen gegen Russland und Belarus sind belarusische Rüstungsunternehmen in der Lage, durch Importe von Mittlerfirmen, die in Verbindung zu Aljaksandr Lukaschenka stehen, Komponenten und Gerät aus westlicher Produktion zu erlangen. Das macht es insbesondere möglich, Mikrochips und Elektronik aus Europa

und den USA zu importieren, die in Flugzeugen wie der *Su-34* oder der *Su30SM* verwendet werden. Sie werden aber auch in russischen Raketen und Marschflugkörpern eingesetzt (*R-37*, *Ch-59M2A* (engl.: *Kh-59M2A*), *S-300*, *Ch-101* (engl.: *Kh-101*), *Iskander* und *Kalibr*).

Somit ist es nicht überraschend, dass das belarusische Staatliche Militär-Industrielle Komitee für 2024 ein Rekordvolumen bei der Rüstungsproduktion vermeldete. Diese Entwicklung wird auch durch die finanziellen Ergebnisse einiger belarusischer Rüstungsfirmen belegt. So hat *Integral*, eines der größten Rüstungsunternehmen des Landes, zwischen März 2022 und Mitte 2024 über sechs Millionen Mikrochips im Wert von 130 Millionen US-Dollar nach Russland geliefert. Der Gewinn des Unternehmens war 2023 vierzig Mal größer als noch 2021. Mehr noch: Die militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Minsk wird im Rahmen des gemeinsamen militärtechnischen Programms bis 2030 weiterlaufen. Dieses umfasst gemeinsame Forschung und Entwicklung, eine Modernisierung von Waffensystemen und einheitliche Standards für Produktion und Preisbildung.

Schlussfolgerungen

Das gegenwärtige Modell der militärischen Zusammenarbeit zwischen Minsk und Moskau deutet darauf hin, dass eine direkte Beteiligung des belarusischen Militärs an dem Krieg wenig wahrscheinlich ist. Belarus ist nicht als Kriegsmacht von Bedeutung, sondern dient eher als sichere Basis zur Produktion militärischer Ausrüstung und Komponenten, ohne das Risiko, von den Streitkräften der Ukraine ins Visier genommen zu werden. Gleichzeitig erzeugt die Integration der Rüstungsindustrien der beiden Länder zusammen mit der allmählichen Institutionalisierung der militärischen Zusammenarbeit mittel- und langfristige Risiken sowohl für die Unabhängigkeit von Belarus als auch für die Sicherheit der Nachbarstaaten. Anhaltende Manöver, die Modernisierung der militärischen und Eisenbahninfrastruktur und die Erfahrung mit der schnellen Verlegung oder Stationierung von umfangreichen russischen Truppen auf belarusischem Territorium weisen darauf hin, dass Belarus im Falle einer weiteren Erosion seiner Souveränität angesichts der Lehren aus dem russisch-ukrainischen Krieg für ein zusätzliches aggressives Vorgehen Russlands gegen die Ukraine oder die Ostflanke der NATO eingesetzt werden kann.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Pawlo Rad ist Experte im Programm für Russland- und Belarus-Studien des Foreign Policy Council *Ukrainian Prism*. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die belarusischen demokratischen Kräfte, die Innen- und Außenpolitik der Republik Belarus sowie die belarusischen Beziehungen zu Russland, der Ukraine und der EU.

ANALYSE

Unüberwindbare Barrieren? Die Krise zwischen Minsk und Warschau eskaliert

Kamil Kłysiński (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)

DOI: 10.31205/BA.080.02

Zusammenfassung

Seit 2020 sind die polnisch-belarusischen Beziehungen so tief in der Krise wie seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr. Die unterschiedlichen Ansichten zu Menschenrechten, Demokratie, zur regionalen Sicherheit und zur Geschichte haben selbst ein Minimum an Vertrauen zerstört. Jetzt beschuldigen sich die beiden Seiten gegenseitig, die Grenze zu militarisieren und den Konflikt zu suchen. Eine Normalisierung wird zudem dadurch blockiert, dass Belarus seine Außen- und Sicherheitspolitik nahezu vollständig den Interessen Moskaus unterordnet und in seiner Politik einen konfrontativen Ton anschlägt. Trotz seiner Behauptung, es habe »friedliche« Absichten – die angeblich der Reduzierung des Umfangs des Manövers Sapad-2025 zugrunde lagen – fährt Minsk mit den Provokationen fort, die Warschau dann dazu brachten, die Grenze zu Belarus für zwei Wochen zu schließen. Eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen in der näheren Zukunft bleibt höchst unwahrscheinlich.

Der Text wurde am 8. Oktober 2025 aktualisiert.

Seit Mitte der 1990er Jahre – seit Aljaksandr Lukaschenka in Belarus an die Macht kam – sind die polnisch-belarusischen Beziehungen durch Misstrauen, gegenseitige Vorwürfe und eine Neigung zur Konfrontation belastet. Die belarusische Wahrnehmung von Polen wurde von geschichtlichen Komplexen und Stereotypen beeinflusst, denen zufolge jedwedes Vorgehen Polens früher oder später zu einer Wiederherstellung des polnischen Einflusses von vor dem Zweiten Weltkrieg führen werde, als der westliche Teil des heutigen Belarus zum polnischen Staat gehörte. Die unterschiedliche Wahrnehmung bei Sicherheitsfragen und der geopolitischen Zielsetzung spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Für Lukaschenka war von Beginn an eine Wiedervereinigung mit Russland das wichtigste Ziel, und zwar im Rahmen des Unionsstaates, den man seit Ende der 1990er Jahre aufzubauen versuchte. Warschau wiederum beobachtete mit Sorge, wie die Souveränität von Belarus zugunsten des Kreml bröckelte. Das hat polnische Politiker*innen zusätzlich motiviert, eine Mitgliedschaft in der NATO und der EU anzustreben. Ein weiterer Bereich, in dem es Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern gab und gibt, war ihr vollkommen unterschiedliches Wertesystem. Polen hat oft und vehement die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus thematisiert, zu denen es aufgrund der autoritären Tendenzen von Lukaschenka und seines Umfelds kam und kommt.

Trotz der genannten Widersprüche haben es die beiden Seiten für viele Jahre vermocht, zumindest die wirtschaftlichen Beziehungen fortzuführen (der Handel zwischen den Ländern wuchs von Jahr zu Jahr) und die diplomatischen Beziehungen auf Botschafterniveau auf-

rechtzuerhalten. Aufgrund ihrer unmittelbaren Nachbarschaft gibt es eine Zusammenarbeit der für die allgemeine Sicherheit und den Grenzverkehr zuständigen Behörden der beiden Länder. Es bestand auch in mehr oder weniger großem Umfang ein akademischer Austausch und eine wissenschaftliche Zusammenarbeit. Mehr noch: Es gab zudem mehrjährige Phasen einer lebhaften Zusammenarbeit, die jeweils einem Tauwetter in den Beziehungen zwischen Minsk und dem Westen (unter anderem der EU und den USA) entsprangen. Das längste Fenster der Möglichkeiten bestand von 2016 bis 2020, als es zahlreiche Visiten auf Ministerebene gab, die mit dem Besuch von Michail Mjasnikowitsch, des Vorsitzenden des Republikrates – des Oberhauses des belarusischen Parlaments – im Februar 2019 in Warschau ihren Höhepunkt fand.

Die Proteste nach den Wahlen von 2020 und die anschließenden massenhaften Repressionen führten zu einem Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Belarus und dem Westen. Das hatte katastrophale Auswirkungen auf die belarusischen Beziehungen zu seinen EU-Nachbarn, unter anderem zu Polen. Warschau kritisierte (wie Vilnius und Riga) heftig die brutalen Repressionen gegen Belarus*innen, die gegen die Fälschung der Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen protestierten. Polen stand in der ersten Reihe der Länder, die Sanktionen gegen das Regime in Minsk unterstützten. Gleichzeitig half das Land bei der politischen Emigration aus Belarus. Dieses Paradigma der polnischen Politik gegenüber dem Regime in Belarus hatte sich schon zuvor ergeben (z. B. bei der Zerschlagung der Demonstrationen in Minsk nach den Wahlen von 2010), doch waren die Dimensionen diesmal ganz andere. Die diplomatischen Beziehungen wurden auf ein Minimum reduziert, auf beiden Seiten überwog extremes Misstrauen, und die aufeinanderfol-

genden westlichen Embargos drückten auf den Handel, insbesondere auf die Exporte aus Belarus. Der Zusammenbruch der bilateralen Beziehungen manifestierte sich auf extreme Weise in der beispiellos aggressiven antipolnischen Kampagne, die 2021 in den regimetreuen Medien gestartet und mit einem neosowjetischen Geschichtsnarrativ kombiniert wurde. Diesem Narrativ zufolge habe der polnische nach Unabhängigkeit strebende Untergrund während und direkt nach dem Zweiten Weltkrieg versucht, die belarusische Nation »auszurotten«. Eine symbolhafte Manifestation der Feindseligkeit gegenüber Polen war die Einführung des 17. September als »Tag der nationalen Einheit« in Belarus. An diesem Tag im Jahr 1939 war die Rote Armee in Ostpolen einmarschiert. Begleitet wurde das von zahlreichen Akten des Vandalismus an polnischen Gedenkorten und Soldatenfriedhöfen, überwiegend in den westlichen Regionen von Belarus. Katholische Priester polnischer Herkunft wurden verhaftet und polnische Bildungsangebote (Schulen oder Kurse für Angehörige der polnischen Minderheit) wurden abgeschafft. Minsk verfolgte nun eine noch härtere Politik gegen Organisationen der polnischen Minderheit, was sich unter anderem an der Verhaftung und anschließenden Verurteilung von Andrzej Poczobut zu acht Jahren Strafkolonie zeigte. Poczobut (belar.: Patschobut), einer der Anführer der Pol*innen in Belarus, war der »Anstachelung zu Volksverhetzung nach ethnischen Merkmalen und der Rehabilitierung des Nazismus« beschuldigt worden (siehe: Kłysiński, 2022; in d. Bibliogr.).

In diesem Kontext wurden dadurch Parallelen zur aktuellen Politik Warschaus gezogen, die ja angeblich darauf abziele, die »legitime Regierung zu stürzen«. Der Kollaps der bilateralen Beziehungen wurde durch die Migrationskrise verschärft, die bereits 2021 von Belarus (und vermutlich Russland) geplant und ausgelöst wurde und zu einem konstanten Druck an der Grenze zwischen EU und Belarus führte, wo der Abschnitt zu Polen das Hauptziel der vom Regime in Minsk rekrutierten Flüchtlinge war und ist. Bemerkenswert ist, dass die belarusische Seite in bester Tradition des Russischen Reiches und der UdSSR gegen Polen Desinformation einsetzt, um in die Irre zu führen und Polen auf der internationalen Bühne zu diskreditieren. Für die Zeit nach 2020 ist charakteristisch, dass die Manipulation von Fakten zu einem grundlegenden Instrument der belarusischen Diplomatie geworden ist, insbesondere, seit Maxim Ryshankaŭ im Juni 2024 an die Spitze des Außenministeriums rückte. Der neue Außenminister hat bereits mehrere Male die Notwendigkeit von Gesprächen mit Warschau bekundet, allerdings ohne den Willen, auf dessen Forderungen einzugehen. Das Regime suchte lediglich einen Vorwand, Polen vorzuwerfen, dass es den angeblichen Wunsch von Minsk nach einer »Normalisierung der Situation« zurückweise (siehe: Żochowski 2024; in d. Bibliogr.).

2025 – Desinformation und Provokation

Die beiden Seiten traten in das Jahr 2025 mit einer Fülle ungelöster Fragen, mit rundum fehlendem Vertrauen und einer Bereitschaft zur Konfrontation. Durch das im September 2025 abgehaltene gemeinsame russisch-belarusische Manöver »Sapad 2025« wurden die Beziehungen weiter verkompliziert. Es löste in den Köpfen der Gesellschaften im Westen negative Assoziationen mit der Vergangenheit aus, insbesondere mit dem Manöver von 2021, als die damalige Auflage dieses turnusmäßigen Manövers als Deckmantel für den baldigen Angriffskrieg gegen die Ukraine diente. Angesichts dieses Kontextes musste der Vorschlag des belarusischen Verteidigungsministeriums vom Februar 2025, auf beiden Seiten der Grenze bis zu einer Tiefe von 80 Kilometern eine gegenseitige Inspektion der Befestigungen und Militäranlagen vorzunehmen, von Polen abgelehnt werden (Siehe: Minoborony: Belarus gotowa..., 2025; in d. Bibliogr.). Die polnische Seite konnte es Vertreter*innen einer de facto feindlichen Armee, die mit den Streitkräften der Russischen Föderation verbündet ist, schlicht nicht erlauben, Zugang zu strategisch wichtigen Anlagen zu erhalten. Es scheint, dass Minsk im Einklang mit der zuvor eingeschlagenen Desinformationsstrategie keine andere Reaktion erwartet hatte. Es benötigte lediglich einen »Beleg« für die angeblich feindliche Haltung Warschaus, das von Vertreter*innen des belarusischen Regimes in den Folgemonaten wiederholt einer »unverantwortlichen Militarisierung der Grenzregion« beschuldigt wurde. Äußerungen dieser Art erfolgten sowohl von Lukaschenka selbst wie auch von seinen Untergebenen, etwa von General Aljaksandr Wolfowitsch, der für seine pro-russischen Ansichten bekannt ist (siehe: Kak Wolfowitsch otreagirowal ..., 2025; Chromow, 2025; in d. Bibliogr.).

Höhepunkt dieser kurzen, aber intensiven Desinformationskampagne – mit dem Sapad-Manöver als Hintergrund – war ein Vorschlag des belarusischen Verteidigungsministeriums, polnisch-belarusische Sicherheitsgespräche abzuhalten, wobei Minsk bereits bei der Begründung für diesen Vorschlag auf Polen als diejenige Seite verwies, die für die »Eskalation der Spannungen und die schnelle Militarisierung der Grenzregion verantwortlich« sei. Es wurde zudem auf die Ende Mai verkündete Entscheidung verwiesen, die Zahl der russischen und belarusischen Soldat*innen zu reduzieren, die zur Teilnahme an Sapad 2025 abgestellt werden, und die geplanten Übungen weg von der NATO-Grenze weiter ins Landesinnere zu verlegen, nämlich östlich von Minsk (siehe: Lukaschenko predloshil..., 2025; in d. Bibliogr.). Polen sah allerdings immer noch keinen Grund, in einen echten Dialog einzutreten. Diese Haltung ergab sich aus dem Inhalt und der Form des erwähnten »Angebots des guten Willens« aus Minsk. Folglich war die Antwort des polnischen Außenministers vom August der Situation vollkommen angemessen. Polnische Diplomaten*innen warfen einen möglichen Dialog mit Minsk unter dem Hin-

weis auf das feindselige Vorgehen, das in der Form hybrider Attacken von belarusischem Staatsgebiet aus und unter Einsatz der Geheimdienste erfolge. Als Beispiel wurde auf die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze verwiesen, wo die belarusischen Behörden den Druck bewusst erhöhten. Auch wurde daran erinnert, dass Belarus den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützt und sein Staatsgebiet für Russlands völkerrechtswidriges Vorgehen zur Verfügung gestellt hat. (siehe: Bartkiewicz 2025; in d. Bibliogr.).

Eskalationsspirale im Herbst

In diesem negativen Kontext der bilateralen (Anti)Beziehungen war es nur eine Frage der Zeit, bis die Spannungen eskalierten. Der Wendepunkt war, so scheint es, die Verhaftung des jungen polnischen Mönchs Grzegorz Gaweł aus Krakau, der am 4. September 2025 östlich von Minsk in der Kleinstadt Lepel festgenommen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, »für Polen mit dem Ziel spioniert zu haben, Informationen über das Sapad-Manöver zu sammeln«. Der Geistliche war durch die Situation derart verschreckt, dass er keinen einzigen Satz auf Russisch herausbringen konnte. Das wies klar darauf hin, dass die »Spionageabwehroperation des KGB« wohl eindeutig fabriziert ist. Es schien, als wolle das Regime in Minsk seine propagandistische Botschaft vom »bösen Polen« verstärken, wobei es aber dieses Mal mit seinen Aktionen zu weit ging. Es war wohl dieses plumpe und aggressive Vorgehen der belarusischen Geheimdienste, das die polnische Regierung zu einer entschiedenen Antwort bewegte.

Im Vorfeld des Manövers Sapad 2025, das am 12. September begann, verkündete der polnische Ministerpräsident Donald Tusk die Entscheidung, die Grenze zu Belarus vollkommen und bedingungslos zu schließen, was sowohl den Personen- wie den Güterverkehr betraf. Die polnische Seite rechtfertigte diesen beispiellosen Schritt unter anderem mit der Furcht vor Provokationen durch die beiden am Manöver beteiligten Länder. Sie behielt sich das Recht vor, die Grenze wieder zu öffnen, »sobald Gewissheit besteht, dass die Sicherheit wiederhergestellt ist« (s.: Poland has closed..., 2025; in d. Bibliogr.). Die Befürchtungen Warschaus bestätigten sich nur wenige Stunden nach Verkündung dieser Entscheidung. In der Nacht vom 9. zum 10. September verletzte mindestens ein Dutzend Drohnen den polnischen Luftraum und zwang die polnische Luftwaffe, mit Unterstützung der NATO-Verbündeten die gefährlichsten Flugkörper abzuschießen. Interessanterweise erklärte der Chef des belarusischen Generalstabs, General Pawel Murawjeka, die belarusische Luftabwehr habe die polnische Seite über die anfliegenden Drohnen informiert und einige sogar selbst abgeschossen. Lukaschenka spielte dieses Thema in den folgenden Tagen weiter, indem er Warschau »Undankbarkeit« vorwarf (s.: Minoborony: Belarus opowestila..., 2025; in d. Bibliogr.). In Polen glaubten jedoch weder Expert*innen noch Politiker*innen, dass das Regime

in Minsk hier aufrichtig war; es wurde vielmehr davon ausgegangen, dass es Teil einer gemeinsamen Finte war, auch wenn der Kommandostab der polnischen Streitkräfte bestätigte, dass die Information eingegangen sei. Angesichts der weitgehenden belarusischen Abhängigkeit von Russland im militärischen Bereich – diese grenzt hier schon an organische Integration –, war nur schwerlich anzunehmen, dass die Generäle in Minsk irgendetwas von Bedeutung unternehmen, was den Erwartungen ihrer Kollegen in Moskau widerspräche. Murawjeks »sensationelles« Statement wurde als eine weitere Manifestation von Desinformation interpretiert, die darauf abzielt, das »friedliche« Image von Belarus zu stärken. Die Rhetorik der regimetreuen Medien, die von einem begrenzten Umfang der Manöveroperationen bei Sapad berichten (was an sich weitgehend zutrifft), folgte der gleichen Linie, wurde aber von der polnischen Seite lediglich als imitierte Deeskalation aufgefasst.

Die Reaktion der belarusischen Regierung auf die Grenzschießung war symptomatisch. Einerseits kritisierten Lukaschenka und Ryshanka das Vorgehen von Warschau und beschuldigten Polen, es würde »Anweisungen anderer internationaler Akteure befolgen« und habe »imperiale Ambitionen« (s.: Iskrin 2025; in d. Bibliogr.). Andererseits konnte man den Eindruck bekommen, dass das Regime in Minsk einen derart radikalen Schritt (der über den üblichen Kanon des Konfliktes hinausging) nicht erwartet hatte, was Belarus – vielleicht seit Monaten zum ersten Mal – zum Nachdenken über die eigene Verantwortung für die Folgen einer weiteren Eskalation brachte. Beispielhaft ist hier Lukaschenkas (im Kontext der antipolnischen Politik der letzten Jahre überraschende) vorsichtige Reaktion auf den öffentlichen Vorschlag prorussischer Berater*innen, »in Berjosa einen Museumskomplex zur polnischen Politik der Ausrottung der belarusischen Nation zu errichten«. In Berjosa (ehemals Berjosa Kartuskaja) hatte sich vor dem Zweiten Weltkrieg ein polnisches Internierungslager befunden, das vom Regime als Konzentrationslager bezeichnet wird. Dieser Vorschlag, der im Einklang mit dem Geist der derzeitigen Geschichtspolitik steht, wurde vom Diktator nicht unterstützt. Lukaschenka empfahl dabei Klugheit, da man nicht wüsste, wie die Polen darauf reagieren würden (s.: Lukaschenko predloshil... 2025; in d. Bibliogr.).

Ist Zusammenarbeit ohne Vertrauen möglich?

Die Grenze wurde schließlich in der Nacht vom 24. auf den 25. September wieder geöffnet, allerdings nur in dem Maße, in dem sie bis unmittelbar vor der Schließung funktioniert hatte. Dieser Schritt bedeutet jedoch nicht, dass das Vertrauen wiederhergestellt wurde oder es eine stabile Deeskalation zwischen Minsk und Warschau gibt. Die belarusische Außen- und Sicherheitspolitik ist in den letzten

Jahren derart aggressiv und provokationsorientiert geworden, dass in der polnischen Wahrnehmung die generelle Frage besteht, ob es auf der anderen Seite der Barrikade überhaupt einen Willen gibt, ein Übereinkommen zu erreichen. Ein wichtiger und negativer Faktor ist hierbei die Politik des Kreml, der noch weniger als Moskaus belarusischer Verbündeter daran interessiert ist, dass ein echter Dialog zwischen Belarus und dem Westen eröffnet wird. In dieser Situation ist zu erwarten, dass es nach Phasen scheinbarer Entspannung nur weitere Konfrontationen gibt.

Aktuell wäre eine reale Deeskalation nur durch den Einfluss externer Faktoren möglich, die außerhalb der Kontrolle von Warschau oder Minsk liegen. Das gilt vor allem hinsichtlich eines möglichen Friedensabkommens zwischen

Russland und der Ukraine, das wohl durch eine Beteiligung von Donald Trump vermittelt würde. Dessen Administration ist in den letzten Monaten in Belarus sehr aktiv gewesen. In diesem Fall wäre nicht auszuschließen, dass Belarus in einem gewissen Maße bei diesen Abkommen eingebunden wird. Dann könnte es auch eine Basis geben, um wenigstens die grundlegendsten Fragen der polnisch-belarusischen Agenda zu regeln. Hierzu gehören etwa die Freilassung polnischer Staatsangehöriger und Vertreter*innen der polnischen Minderheit (unter anderem von Andrzej Poczobut) sowie der Rückzug der irregulären Migrant*innen, um die Lage in der Grenzregion zu stabilisieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Kamil Kłysiński ist seit 2007, mit einer Pause von 2013 bis 2016 Senior Fellow am Zentrum für Oststudien (OSW). In dieser Pause war er an der polnischen Botschaft in Vilnius tätig. Er hat sich an dem EU-STRAT-Forschungsprojekt »Horizon 2020« zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft beteiligt. Darüber hinaus nahm er an dem Programm »Think Visegrad: V4 Think Tank Platform« teil. Er schreibt regelmäßig für New Eastern Europe.

Er hat das Institut für Politikwissenschaft und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen im Fach Politikwissenschaft und das Ost-Institut derselben Universität im Fach Oststudien absolviert. Sein Spezialgebiet umfasst die Außen- und Innenpolitik von Belarus, die Lage der belarusischen Wirtschaft, Energiesicherheit, die gesellschaftliche Entwicklung in Belarus sowie die belarusische Erinnerungspolitik.

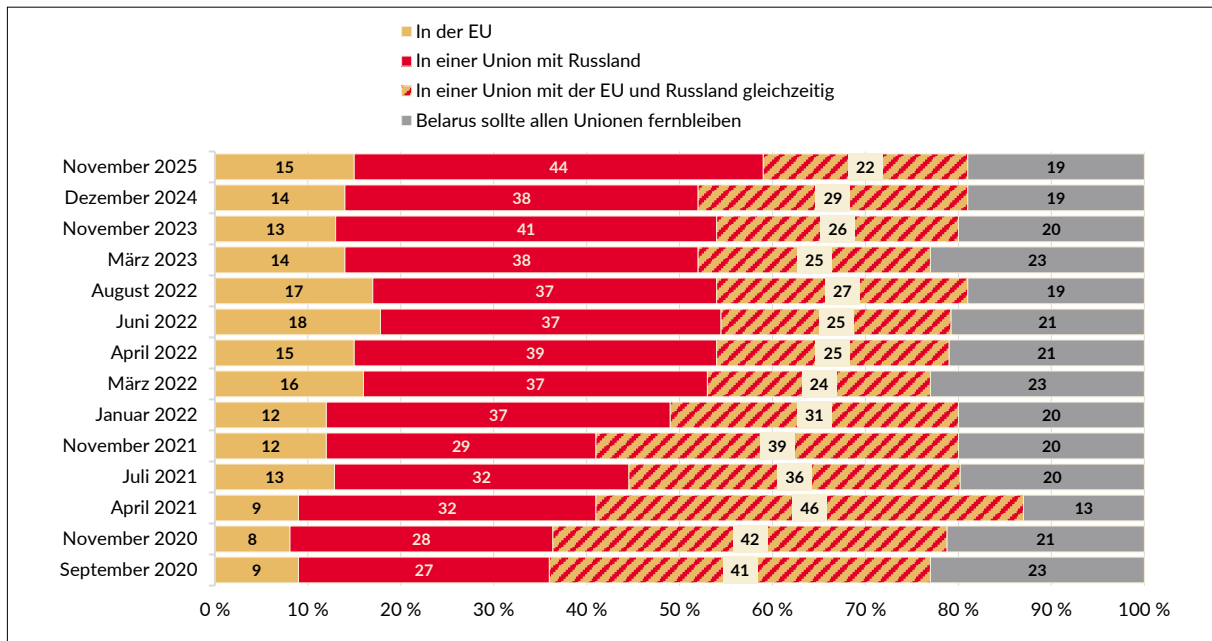
Bibliografie

- Bartkiewicz, A.: Białoruś chciała wznowić dialog z Polską. Jest odpowiedź MSZ [poln.]. Rzeczpospolita (Rp.pl), 13.08.2025; <https://www.rp.pl/dyplomacja/art42849521-bialorus-chciala-wznowic-dialog-z-polska-jest-odpowiedz-msz>.
- Belarus predlozhila Polske provedeni peregovory po teme bezopasnosti [russ.]. Belta.by, 16.07.2025; <https://belta.by/society/view/belarus-predlozhila-polshe-provesti-peregovory-po-teme-bezopasnosti-726655-2025/>.
- Chromow, A.: Lukashenko zjawil o przewrasczeni i Pribaltiki w wojnyj poligon [russ.]. Gazeta.ru, 01.07.2025; <https://www.gazeta.ru/politics/news/2025/07/01/26172254.shtml?ysclid=mfdolny1sv691647453>.
- Iskrin, M.: Glawa MID Ryszenkow obwinil stranu-sosed ku Belarusi w «imperskich ambizijach» [russ.]. Zerkalo.io, 17.09.2025; <https://news.zerkalo.io/economics/108876.html>.
- Kak Wolfowitsch otreagirowal na dejstwij Polschi w rajone Suwalkskogo koridora [russ.]. News.by, 03.04.2025; <https://news.by/news/obshchestvo/kak-volfovich-otreagirowal-na-deystviya-polshi-v-rayone-suvalkskogo-koridora?ysclid=mfdof923u476923013>.
- Kłysiński K., Lukashenka's anti-Polish speech on the occasion of National Unity Day. Centre for Eastern Studies (OSW): Analyses, 19. September 2022; <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2022-09-19/lukashenka-anti-polish-speech-occasion-national-unity-day>.
- Lukashenko predlozhil sosdat musej i memorial etnozida w Belarusi [russ.], Belta.by, 17.09.2025; <https://belta.by/president/view/lukashenko-predlozhili-sozdat-muzej-i-memorial-etnotsida-v-belarusi-737926-2025/>.
- Minoborony: Belarus gotowa k provedeniju wsaimnykh wojennykh inspekzij s Polshej na glubinu 80 km [russ.]. News.by, 20.02.2025; <https://news.by/news/obshchestvo/minoborony-belarus-gotova-k-provedeniyu-vzaimnykh-voennykh-inspektsiy-s-polshey-na-glubinu-80-km?ysclid=mfdob9cpv4199185266>.
- Minoborony: Belarus opowestila Polschu i Litwu o priblihenii segodnja notschju bspilotnikov k ich territorii [russ.]. Belta.by, 10.09.2025; <https://belta.by/society/view/minoborony-belarus-opovestila-polshu-i-litwu-o-priblihenii-segodnja-nochju-bespilotnikov-k-ih-736464-2025/>.
- Poland has closed its border with Belarus. Republic of Poland: Ministry of the Interior and Administration, 12.09.2025; <https://www.gov.pl/web/mswia/polska-zamknela-granice-z-bialorusia>.
- Żochowski P., Mińsk pozoruje gotowość do rozmów z Warszawą [poln.]. Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia (OSW): Analizy, 23.07.2024; <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/analizy/2024-07-23/minsk-pozoruje-gotowosc-do-rozmow-z-warszawa>.

UMFRAGEN

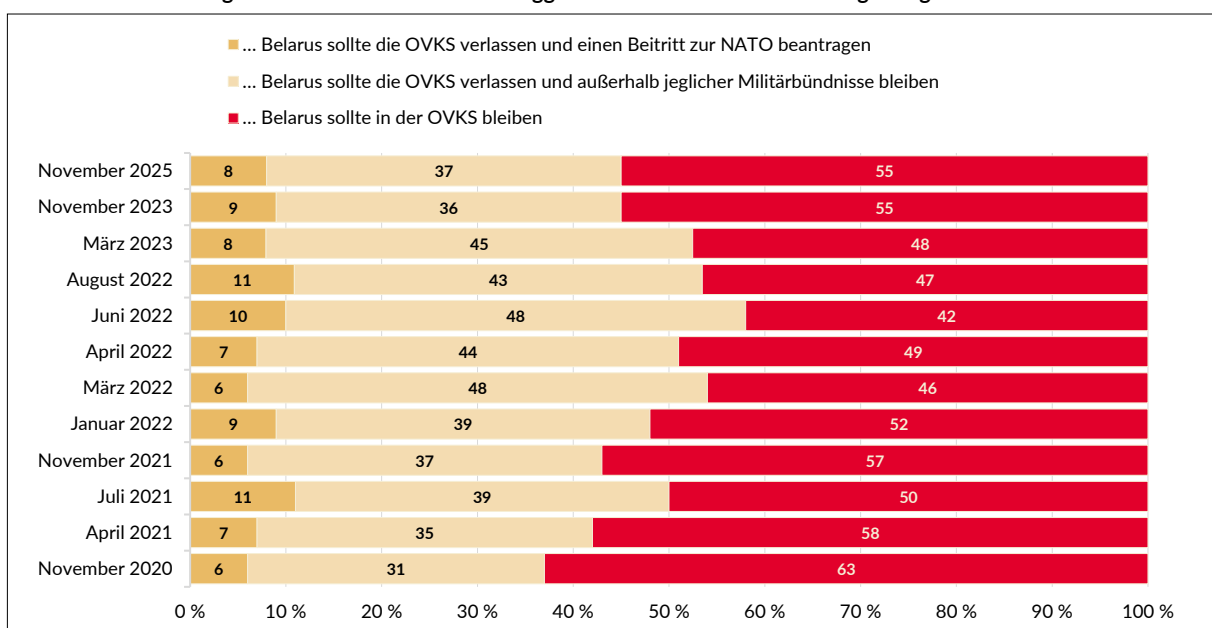
Einstellung von Belarus*innen zu Russland und zum Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: In welcher geopolitischen Union ist es für Belarus besser zu sein? (%)

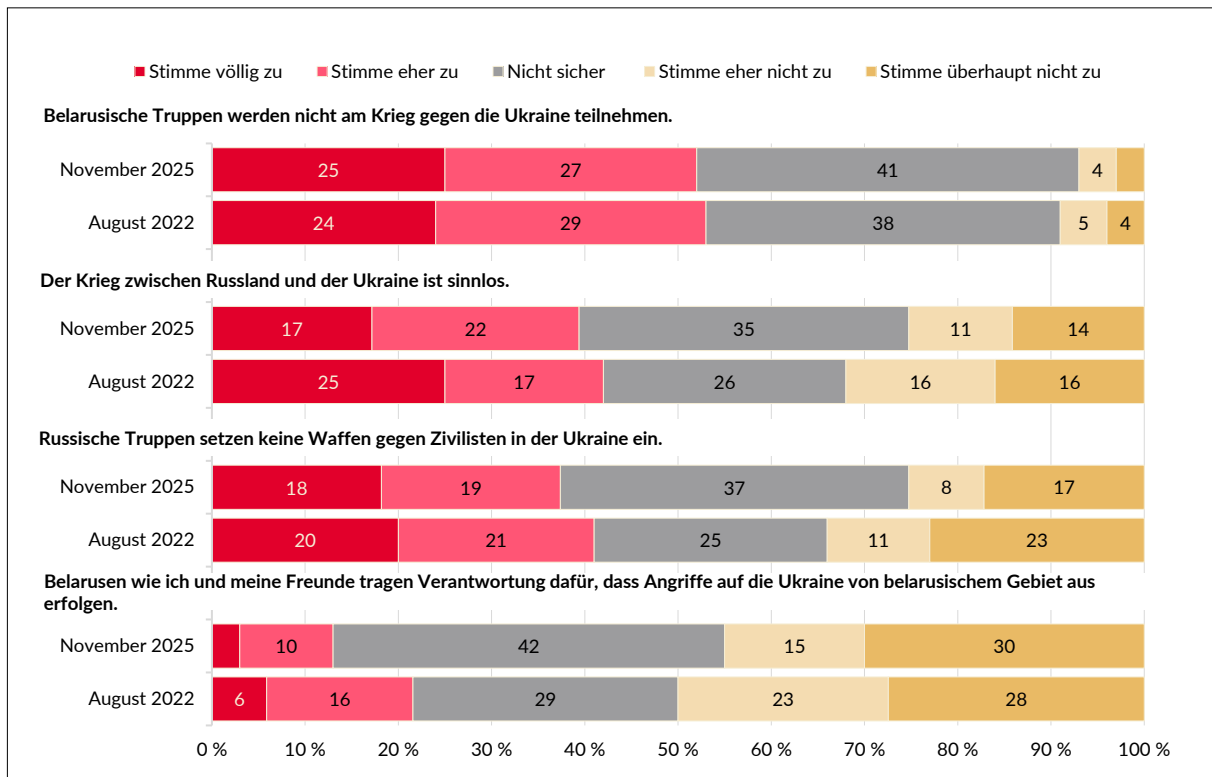


Quelle: Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The result of a public opinion poll conducted in August and November 2025 Chatham House; S. 22: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOOefBrCUNrZxuxQzGjUkxm-ikTO/view>

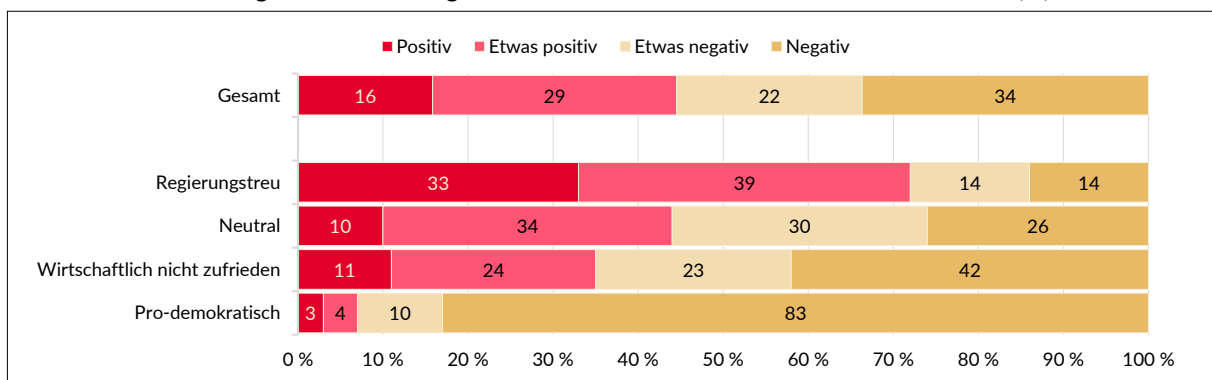
Grafik 2: Einstellung zu Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) (%)
Derzeit befindet sich Belarus im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in einem Militärbündnis mit der Russischen Föderation. Der OVKS-Vertrag sieht gegenseitige militärische Unterstützung der Staaten im Falle äußerer Aggressionen vor. Im Falle eines Regierungswechsels ...



Quelle: Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The result of a public opinion poll conducted in August and November 2025 Chatham House; S. 37: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOOefBrCUNrZxuxQzGjUkxm-ikTO/view>

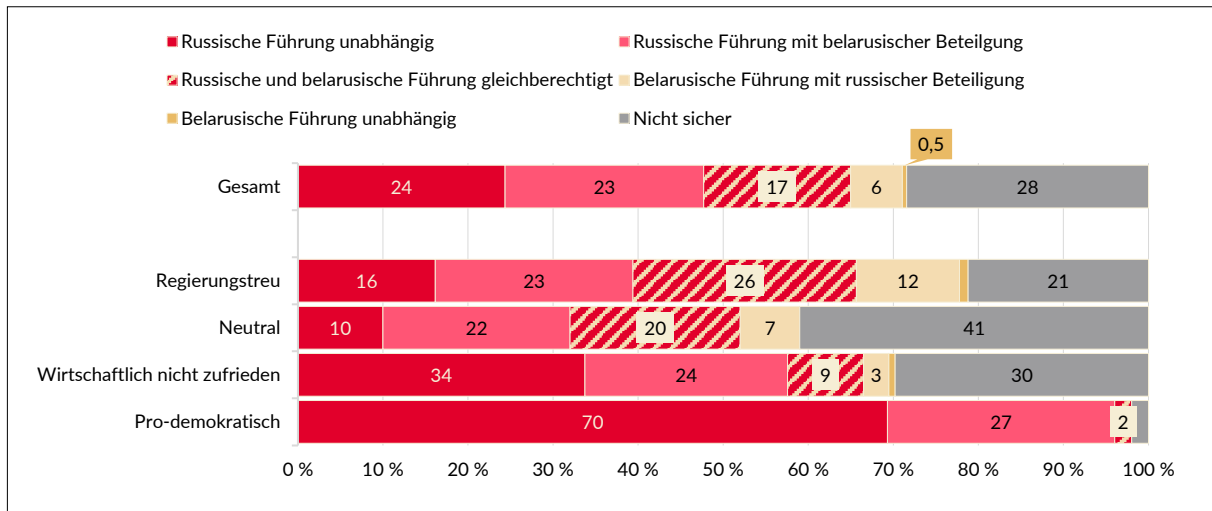
Grafik 3: Wahrnehmung verschiedener Aspekte des Krieges (%)


Quelle: *Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The results of a public opinion poll conducted in August and November 2025* Chatham House; S. 28: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOefBrcUNrZxuxQzGjUkmx-ikTO/view>

Grafik 4: Einstellung zur Stationierung russischer Atomwaffen auf dem Gebiet von Belarus (%)


Quelle: *Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The results of a public opinion poll conducted in August and November 2025* Chatham House; S. 32: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOefBrcUNrZxuxQzGjUkmx-ikTO/view>

Grafik 5: Wer kontrolliert Ihrer Meinung nach tatsächlich den Einsatz russischer taktischer Atomwaffen, die auf dem Gebiet von Belarus stationiert sind? (%)



Quelle: Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The results of a public opinion poll conducted in August and November 2025; Chatham House; S. 33: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOOefBrCUNrZxuxQzGjUkxm-ikTO/view>

Grafik 6: Unterstützen Sie persönlich die folgenden Formen der Unterstützung Russlands durch Belarus oder nicht? (%)

	Behandlung verwundeter russischer Soldaten	Reparatur russischer Militärtechnik	Abschreckung der NATO-Kräfte an anderen Fronten	Produktion von Ausrüstung und Komponenten für Militärtechnik
Gesamt	52	37	33	32
Regierungstreu	79	69	63	64
Neutral	58	37	25	29
Wirtschaftlich nicht zufrieden	35	20	24	18
Pro-demokratisch	21	9	11	7

	Hilfe bei der Umgehung internationaler Sanktionen	Ausbildung russischer Soldaten auf belarusischen Truppenübungsplätzen	Bereitstellung von Flugplätzen für russische Truppen	Übertragung von Munition und Militärtechnik
Gesamt	32	29	27	21
Regierungstreu	60	60	51	41
Neutral	29	25	27	20
Wirtschaftlich nicht zufrieden	22	16	15	14
Pro-demokratisch	6	8	8	3

	Bereitstellung von Territorium für eine Bodeninvasion	Bereitstellung von Territorium für den Abschuss von Raketen
Gesamt	14	10
Regierungstreu	27	18
Neutral	10	8
Wirtschaftlich nicht zufrieden	10	8
Pro-demokratisch	2	2

Quelle: Belarusians' views on the war and on domestic and foreign policy. The results of a public opinion poll conducted in August and November 2025; Chatham House; S. 35: <https://drive.google.com/file/d/1ZiE9EOOefBrCUNrZxuxQzGjUkxm-ikTO/view>

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik für Belarus ab dem 14.03.2011 ist verfügbar auf der Seite der Länder-Analysen (<https://www.laender-analysen.de>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&i=1>.

Die Chronik der Belarus-Analysen wird zusammengestellt aus Meldungen des Telegram-Nachrichtenkanals »@pozirkonline« (ehemals »naviny.by«).

Die Redaktion der Belarus-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahm, IBB Dortmund
Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa · Länder-Analysen · Klagenfurter Str. 8 · 28359 Bremen · Telefon: +49 421-218-69600 · Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de · Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>